



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 23. November 2018

Band 12, Ausgabe 19

## Themen

**Bundshaushalt**

**Migrationspakt**

**Wirtschaft**

**"Die CDU hat viele Jahrzehnte ganz gut damit gelebt, dass auf einen Mann ein Mann gefolgt ist. Sie ist daran nichtkaputtgegangen. Sie wird auch nicht daran kaputtgehen, wenn eine Frau auf eine Frau folgt."**

(Annegret Kramp-Karrenbauer auf die Frage, ob die CDU mal wieder einen richtigen Mann an der Parteispitze brauche)

**In dieser Ausgabe:**

Wirtschaft und Forschung	2
Städtebauförderung und Sozialer Wohnungsbau	2
Gesundheit	3
Bundesländer mit Haushaltsüberschüssen	3
Protokollnotiz zum Migrationspakt gefordert	3
Rede zum Haushalt für Arbeit und Soziales	4

## Bundshaushalt 2019 verabschiedet

In dieser Woche haben wir den Bundshaushalt 2019 beschlossen. Wir sind damit - nach dem aufgrund der neuen Regierungsbildung erst im Sommer verabschiedeten Haushalt 2018 - wieder im ganz normalen Haushaltsverfahren.

Der Bundshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Die Sicherheit ist und bleibt unser Thema: Die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziels einer Stärkung der Sicherheitsbehörden mit 7.500 zusätzlichen Stellen in dieser Legislatur wird im Haushalt 2019 fortgesetzt. Inklusiv der 3. Tranche aus dem Sicherheitspaket der 18. Legislaturperiode beträgt der Stellenzuwachs bei der Bundespolizei rd. 2.400 Stellen.



Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik erhalten gut 475 bzw. rd. 325 neue Stellen. Daneben werden zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Zusammenhang mit der Errichtung von AnKERZentren (313 Stellen) geschaffen. Mit den bereits 2018 beschlossenen Stellen stehen bereits jetzt gut 4.000 der vereinbarten 7.500 Stellen zur Verfügung.

Der Verteidigungsetat wächst um fast 5 Milliarden gegenüber 2018, damit unsere Soldaten gut ausgerüstet im Einsatz sind.

Darüber hinaus werden die Gerichte und Justizbehörden im Sinne des „Paktes für den Rechtsstaat“ gestärkt. Beim Generalbundesanwalt sind 37 und beim Bundesgerichtshof 24 neue Stellen vorgesehen. Von den 24 Stellen entfallen jeweils 12 Stellen auf einen Zivilsenat in Karlsruhe und einen

neuen Strafsenat in Leipzig.

Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wir durch Investitionen in digitale Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen. Familien werden spürbar entlastet durch die Erhöhung des Kindergeldes und durch die Möglichkeit, Baukindergeld zu beantragen.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2019 auf 356,4 Milliarden Euro. Bereits seit 2014 kommt der Bundshaushalt ohne neue Schulden aus. 2019 wird erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten.

Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit ein Markenzeichen der Union bleibt. Wir denken nicht zuerst an neue Sozialausgaben, sondern zu allererst an Erwirtschaften. Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss erst verdient werden. Dann können wir überlegen, wie wir am besten in die Zukunft unseres Landes investieren und den Schwachen helfen.

## Wirtschaft und Forschung

Wir haben den Haushalt für Bildung und Forschung um rund 124 Millionen Euro auf knapp 18,3 Milliarden Euro angehoben. Wesentliche Projekte hierbei sind die Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen, mit der die Entwicklung von hochinnovativen Ideen zu neuen Technologien, Produkten und Dienstleistungen mit deutlich marktveränderndem Potenzial gefördert werden sollen. Ebenso werden für Fraunhofer-Institute zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Zur Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland ist die Gründung von fünf neuen DLR-Instituten (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) und deren finanzielle Unterstützung mit



57 Mio. Euro jährlich vorgesehen. Geplante Schwerpunkte sind u.a. Quantentechnologie, Schutz terrestrischer Infrastrukturen und CO<sub>2</sub>-arme Industrieprozesse. Damit soll auch der Strukturwandel in den Braunkohleregionen flankiert werden.

Zur Förderung Künstlicher Intelligenz (KI) werden in einem ersten Schritt 500 Mio. Euro für die nächsten Jahre bereitgestellt. Bis zum Jahr 2025 sollen im

Rahmen der KI-Strategie insgesamt 3 Mrd. Euro u.a. zur Finanzierung von mindestens 100 Professuren im Bereich KI und zur Ausweitung von Kompetenzzentren verausgabt werden.



Die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) erhält gut 7 Mio. Euro zusätzlich und liegt mit 169 Mio. Euro auf dem Niveau des aktuellen Haushaltsansatzes. Im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung stehen für eine neue Afrika-

Initiative 30 Mio. Euro zusätzlich im BMWi-Etat zur Verfügung. Für Schwerpunktvorhaben in den neuen Ländern wird eine weitere Million aufgewendet.

Um längere Projektlaufzeiten für die neu geplante Förder-

maßnahme zur Stärkung der Gründungskultur an Universitäten und Hochschulen („EXIST-Potentiale“) zu ermöglichen, werden die Verpflichtungsermächtigungen um 15 Mio. Euro aufgestockt.

## Städtebauförderung und Sozialer Wohnungsbau

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden mit 1,518 Mrd. Euro auf dem Niveau des Jahres 2018 verstetigt. Damit unterstützt der Bund mittelbar die Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Weitere Unterstützung erhalten die Länder durch den Aufwuchs der Mittel um jeweils 100 Mio. Euro bei den Förderprogrammen „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ und

„Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung“.

Damit betragen die jeweiligen Programmvolumina rd. 240 Mio. Euro bzw. rd. 200 Mio. Euro für die nächsten Jahre. Für Maßnahmen zur aktiven Gestaltung der Digitalisierung in den Kommunen wurde ein neuer Haushaltstitel „Förderung von Modellprojekten Smart Cities“ mit



einem Programmvolumen von 167,5 Mio. Euro ausgebracht.

Darüber hinaus stehen erstmalig 10,5 Mio. Euro in den nächsten Jahren für den Aufbau des sogenannten Building Information Modeling Kompetenzzentrums (BIM) zur Verfügung. Ziel ist es, öffentliche Auftraggeber, ihre Auftragnehmer und die gesamte Wertschöpfungskette Bau im Transformationsprozess der Digitalisierung zu unterstützen.

## Gesundheit

Das Bundesministerium für Gesundheit kann im Zuge der parlamentarischen Beratungen bei den Baransätzen einen Ausgabenzuwachs von rd. 35 Mio. Euro verzeichnen. Für Modellprojekte zur telemedizinischen Anwendung werden bis zum



Quelle: Deutscher Bundestag

Jahr 2022 insgesamt 23 Mio. Euro eingeplant. Mit diesem Geld sollen Testregionen sowohl im ländlichen wie im urbanen Umfeld eingerichtet werden, um neue Impulse für digitale Anwendungen zu schaffen. Die Mittel zur HIV/STI-

Aufklärung werden um rd. 1,7 Mio. Euro auf rd. 13,6 Mio. Euro erhöht. Ein ähnlich hoher Ausgabenzuwachs von 1,5 Mio. Euro ergibt sich bei den Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs.

Der Bereich Migration und Integration im deutschen Gesundheitswesen wird mit 3,9 Mio. Euro bis zum Jahr 2022 gestärkt. Für den Aufbau und Betrieb des Nationalen Gesundheitsportals stehen 20 Mio. Euro bis zum Jahr 2022 zur Verfügung.

Das Förderprogramm für experimentelle Pilotprojekte erfährt

einen Aufwuchs von 5 Mio. Euro bis 2022. Damit sollen Versorgungs- und Ausbildungsmodelle verstärkt und die Versorgungssituation insbesondere im ländlichen Raum verbessert werden.

Zudem werden 11 Mio. Euro zum Aufbau und Betrieb eines Datenkompetenzzentrums „Gesundheitsversorgung“ bereitgestellt. Ziel ist es, die in Deutschland zwar vorhandenen, aber separat erfassten Daten des Gesundheitswesens zu bündeln und zum Zweck der Steuerung von Versorgungsprozessen sowie zur Weiterentwicklung der Versorgungsqualität heranzuziehen.

## Bundesländer mit Haushaltsüberschüssen

Bis September 2018 lag der Überschuss der Gesamtheit der Länder laut einem Bericht des Bundesfinanzministeriums in diesem Jahr bei 19,6 Milliarden Euro. Erstaunlich ist dies deshalb, weil die Länder offiziell von

einem Finanzierungsdefizit von 3,6 Milliarden Euro ausgingen.

Die acht westdeutschen Flächenländer haben von Januar bis September 2018 einen Überschuss von 11,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die fünf ostdeutschen Flächenländer kamen auf

ein Plus von 4,4 Milliarden Euro. Bei den drei Stadtstaaten betrug der Überschuss 4,2 Milliarden Euro.

Gleichzeitig stieg das Investitionsvolumen der Bundesländer um 6,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

## Protokollnotiz für Migrationspakt gefordert

Beim in der Union umstrittenen UN-Migrationspakt, der bei der heutigen Haushaltsdebatte im Bundestag eine große Rolle spielte, warnt CDU/CSU-Fraktionsvorstandsmitglied Axel Fischer: „Beim UN-Migrationspakt sind noch zu viele heikle Fragen offen.“ Es bestehe zudem kein ersichtlicher Grund, warum Deutschland unbedingt am 11./12. Dezember in Marrakesch dem UN-Migrationspakt



zustimmen müsse. Es gibt in der Öffentlichkeit genauso wie im Parlament und in der CDU noch einen sehr großen Diskussionsbedarf über die möglichen Auswirkungen des Migrationspaktes.

„Wenn Länder wie Australien, Kanada, USA, Israel und selbst EU-Länder wie Österreich, Dänemark, Norwegen, Polen, Tschechien und Ungarn nicht zustimmen wollen, muss das der Bundesregierung zu denken geben“, argumentiert Fischer.

CDU-Haushaltspolitiker Fischer sieht jedoch noch eine Möglichkeit für die deutsche Zustimmung: „In einer Protokollnotiz Deutschlands zum UN-Migrationspakt müssten die Risiken benannt und die Rechtsverbindlichkeit explizit ausgeschlossen werden.“

Fischer sprach sich erneut für eine gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt aus. Dafür müsse das Fachkräften-Zuwanderungsgesetz schnell kommen.

**AXEL E. FISCHER**  
**MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Deutschland ist das einzige Land auf der Welt, das ein Individualrecht auf Asyl in seiner Verfassung stehen hat. (...) Ich bin schon seit langer Zeit der Meinung, dass wir bereit sein müssten, über dieses Asylgrundrecht offen zu reden, ob es in dieser Form fortbestehen kann, wenn wir ernsthaft eine europäische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik wollen.»

(Friedrich Merz fordert Debatte über deutsches Asylrecht)

## Rede zum Haushalt für Arbeit und Soziales

„Trotz sinkender Arbeitslosigkeit mussten wir die im ersten Regierungsentwurf geplanten Ausgaben nochmals um mehr als eine Mrd. Euro auf nunmehr 145 Mrd. Euro erheblich ausweiten. ...

Mehr als 1 Mrd. Euro Mehrausgaben – das sind mehr als 1.000 Millionen Euro – höhere Ausgaben für Hartz IV und die Kosten der Unterkunft und Heizung. Eine Zahl, die sich nach unheimlich viel anhört, aber schwer fassbar ist, weil sie an sich wenig Konkretes besagt. Vielleicht wird es etwas plastischer, wenn man sich vorstellt, dass man mit diesem Geld den Bau von etwa 5.000 Doppelhaushälften finanzieren könnte. Das wäre ein familiengerechtes Zuhause für rund 20.000 Menschen. Aber all diese Ausgaben gehen zusätzlich in den Konsum, und stehen nicht für notwendige und wünschenswerte Zukunftsinvestitionen zur Verfügung. (...)

Wir haben zudem zusätzlich Stellen geschaffen, um den Betrug mit Hartz-IV Mitteln einzudämmen. Nach Daten der BA sind durch bandenmäßigen Leistungsmissbrauch Schäden von rund 50 Millionen Euro entstanden. Ich begrüße von daher eine Initiative aus der Berliner CDU zur besseren Bekämpfung

von Clan-Kriminalität. Wir müssen datenschutzrechtliche Regelungen im Sozialgesetzbuch dahingehend anpassen, dass Datenschutz nicht zum Täterschutz für Betrüger wird. Ein systematischer Datenabgleich durch die Sozialleistungsträger könnte helfen. Denn meine Damen und Herren, es wäre fatal, wenn sich bei unseren Leistungserbringern der Eindruck festsetzt, auf der Ausgabenseite würde geltendes Recht Betrügern dauerhaft Tür und Tor öffnen, und ihr hart verdientes Steuergeld verjubelt.

Die gesellschaftliche Akzeptanz unseres Sozialstaates dürfen wir nicht ohne Not weiter in Gefahr bringen. Das betrifft übrigens in hohem Maße auch die Gefährdung der Akzeptanz unseres Sozialstaates durch eine in der Bevölkerung als übermäßig empfundene Zuwanderung. Denn diese führt bereits heute nicht nur zu politischer, sondern auch zu sozialer Destabilisierung und senkt die Bereitschaft der Leistungserbringer, für den Sozialstaat zu zahlen. (...)

Die Zahlungen an die Rentenversicherung, stellen mit rund 100 Milliarden Euro den größten Block im Bundeshaushalt 2019 dar. ... Wenn wir diese Summe erfahrbar machen wollen und einmal auf Wohnraum umrechnen, dann ließen sich

mit diesen 100 Milliarden Euro etwa 450.000 Doppelhaushälften für 1,8 Millionen Menschen finanzieren. Das entspräche dem Bau einer Gartenstadt mit der Einwohnerzahl Hamburgs. Und das nicht nur einmalig, sondern jedes Jahr. (...)

Zukünftige Herausforderungen zeichnen sich deutlich ab: Der Bundesrechnungshof verweist auf überproportionale Ausgabensteigerungen und bestehende Tragfähigkeitsrisiken, die mittelfristig durch Mütterrenten und Rente mit 63 befördert würden. Langfristig – nach 2025 – seien erhebliche Zusatzbelastungen und Risiken für den Bundeshaushalt zu erwarten, wenn die jüngst beschlossene doppelte Haltelinie über das Jahr 2025 hinaus fortgesetzt würde. Gespannt erwarte ich vor diesem Hintergrund die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, auf deren Basis dann notwendige und sinnvolle Veränderungen zur langfristigen Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung beraten und auf den Weg gebracht werden können.

Das Wohl unserer Senioren muss uns auch zukünftig am Herzen liegen.

Meine Rede können Sie hier ansehen:

<https://dbtg.tv/fvid/7294123>